

## **519 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP**

---

Ausgedruckt am 17. 5. 2001

# **Regierungsvorlage**

## **Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über die Förderung und den Schutz von Investitionen**

### **ABKOMMEN**

#### **zwischen der Republik Österreich und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über die Förderung und den Schutz von Investitionen**

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DAS HASCHEMITISCHE KÖNIGREICH JORDANIEN, im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, dass die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme derartiger Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

UNTER ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG ihrer Verpflichtung zur Einhaltung international anerkannter Arbeitsstandards,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

### **KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

#### **Artikel 1**

#### **Definitionen**

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Investor einer Vertragspartei“:

- a) eine natürliche Person, die in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt, oder
- b) ein Unternehmen in Form einer juristischen Person oder jedes andere Gebilde, das gemäß den geltenden Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit oder ohne Gewinnzweck gegründet wurde oder organisiert ist und in Privat- oder Staatseigentum oder unter privater oder staatlicher Kontrolle steht, einschließlich Kapitalgesellschaften, Trusts, Personengesellschaften, Einzelunternehmen, Zweigniederlassungen, Joint Ventures, Vereinigungen oder Organisationen, und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt oder getätigt hat.

(2) bezeichnet der Begriff „Investition durch einen Investor einer Vertragspartei“ alle Vermögenswerte im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die direkt oder indirekt im Eigentum oder unter der Kontrolle eines Investors der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den anwendbaren Rechtsvorschriften der erstgenannten Vertragspartei stehen, einschließlich:

- a) Anteilsrechte, Aktien und andere Arten von Beteiligungen an einem Unternehmen und daraus abgeleitete Rechte;
- b) Obligationen, Schuldverschreibungen, Darlehen und andere Arten von Forderungen und daraus abgeleitete Rechte;

- c) Rechte aus Verträgen einschließlich Bauverträge für schlüsselfertige Projekte, andere Bauverträge, Managementverträge, Produktionsverträge oder Verträge über Unternehmensgewinnbeteiligung;
- d) Ansprüche auf Geld und Ansprüche auf eine vertraglich vereinbarte Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- e) geistige Schutzrechte, wie sie in den im Rahmen der Weltorganisation für geistiges Eigentum abgeschlossenen multilateralen Abkommen definiert wurden, einschließlich Urheberrechten, Handelsmarken, Erfinderpapenten, gewerblichen Modellen und technischen Verfahren, Know-how, Handelsgeheimnissen, Handelsnamen und Goodwill;
- f) durch Gesetz oder Vertrag übertragene Rechte wie Konzessionen, Lizenzen, Ermächtigungen oder Genehmigungen, einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen;
- g) jedes sonstigen Eigentums an körperlichen und unkörperlichen, beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten sowie alle damit verbundenen Eigentumsrechte wie Vermietungs- und Verpachtungsverhältnisse, Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte oder Nutzungsrechte.

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die eine Investition erbringt, und zwar insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

(4) bezeichnet „ohne Verzögerung“ den für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Entschädigungs- oder Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser Zeitraum beginnt für Entschädigungszahlungen mit dem Tag der Enteignung und für Transferzahlungen mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird. Er darf einen Monat keinesfalls überschreiten.

(5) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in Hinblick auf jede Vertragspartei das Festland, die Binnengewässer, Hoheitsgewässer und das Lufthoheitsgebiet in ihrer Hoheitsgewalt einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, über die die Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Zuständigkeit ausübt.

## **Artikel 2**

### **Förderung und Zulassung von Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei fördert in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei und lässt diese zu.

(2) Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition ist als neue Investition zu betrachten.

## **Artikel 3**

### **Behandlung von Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eine gerechte und billige Behandlung sowie vollen und dauerhaften Schutz und Sicherheit.

(2) Keine Vertragspartei beeinträchtigt durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, den Betrieb, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuss, die Veräußerung und die Liquidation einer Investition durch Investoren der anderen Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen hinsichtlich der Verwaltung, des Betriebs, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses, der Veräußerung und der Liquidation einer Investition, je nachdem, was für den Investor günstiger ist, eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(4) Keine Bestimmung dieses Abkommens ist dahingehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichtet, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einem multilateralen Investitionsabkommen,
- b) einem internationalen Abkommen, einer internationalen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen.

#### **Artikel 4**

##### **Transparenz**

(1) Jede Vertragspartei veröffentlicht ihre Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren sowie internationale Abkommen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen können, unverzüglich oder macht diese in anderer Form öffentlich zugänglich.

(2) Jede Vertragspartei beantwortet unverzüglich spezielle Fragen und stellt der anderen Vertragspartei auf Verlangen Informationen über in Absatz 1 behandelte Angelegenheiten zur Verfügung.

(3) Von keiner Vertragspartei darf verlangt werden, über bestimmte Investoren oder Investitionen Informationen, deren Bekanntgabe die Gesetzesvollstreckung behindern oder gegen die Gesetze und Rechtsvorschriften zum Schutz der Vertraulichkeit verstoßen würde, zu beschaffen oder Zugang zu diesen zu gewähren.

#### **Artikel 5**

##### **Enteignung und Entschädigung**

(1) Eine Vertragspartei darf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt enteignen oder verstaatlichen oder sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung (im Folgenden Enteignung genannt) ergreifen, ausgenommen:

- a) zu einem Zweck von öffentlichem Interesse,
- b) auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
- c) auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und
- d) in Verbindung mit einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3.

(2) Die Entschädigung

- a) wird ohne Verzögerung geleistet. Kommt es zu einer Verzögerung, trägt das Gastland die auf Grund der Verzögerung entstandenen Kursverluste.
- b) hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition unmittelbar vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen. Der gerechte Marktwert beinhaltet keine Wertveränderungen auf Grund der Tatsache, dass die Enteignung früher öffentlich bekannt wurde.
- c) ist in ein von den betroffenen klagenden Parteien bezeichnetes Land frei transferierbar und wird in der Währung des Landes, dessen Staatsangehörige die klagenden Parteien sind, oder in einer beliebigen von den klagenden Parteien akzeptierten frei konvertierbaren Währung geleistet.
- d) beinhaltet Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz, berechnet auf der Marktbasis der Währung, in der die Zahlung erfolgt.

(3) Ein rechtmäßiges Verfahren beinhaltet das Recht eines Investors einer Vertragspartei, die erklärt, von der Enteignung durch die andere Vertragspartei betroffen zu sein, den Fall, die Bewertung der Investition und die Zahlung der Entschädigung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels durch ein richterliches oder anderes zuständiges und unabhängiges Organ der letztgenannten Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen.

#### **Artikel 6**

##### **Entschädigung für Verluste**

(1) Ein Investor einer Vertragspartei, der im Zusammenhang mit seiner Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund eines Krieges oder anderen bewaffneten Konfliktes, eines Notstands, eines Aufstands, eines Aufruhrs, ziviler Unruhen oder eines sonstigen ähnlichen Ereignisses oder höherer Gewalt im Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei einen Verlust erleidet, erfährt hinsichtlich Rückerstattung, Entschädigung, Schadenersatz oder anderer Regelung durch die letztgenannte Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, die sie ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche für den betroffenen Investor die günstigere ist.

(2) Ein Investor einer Vertragspartei, der bei einem in Absatz 1 genannten Ereignis einen Verlust erleidet durch:

- a) Beschlagnahme seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei oder
- b) Zerstörung seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, die unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erhält auf jeden Fall von Seiten der letztgenannten Vertragspartei eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in beiden Fällen unverzüglich, angemessen und effektiv sein muss und hinsichtlich der Entschädigung in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absätze 2 und 3 erfolgen muss.

#### **Artikel 7**

##### **Transfers**

(1) Jede Vertragspartei garantiert, dass sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition eines Investors der anderen Vertragspartei ohne Verzögerung in ihr und aus ihrem Hoheitsgebiet frei transferiert werden können. Diese Transfers umfassen insbesondere:

- a) das Anfangskapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Investition;
- b) Erträge;
- c) Zahlungen auf Grund von Verträgen einschließlich Darlehensverträgen;
- d) Erlöse aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation einer Investition;
- e) Entschädigungszahlungen gemäß Artikel 5 und 6;
- f) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung;
- g) Einkünfte und andere Bezüge von Beschäftigten aus dem Ausland, die in Zusammenhang mit einer Investition eingestellt werden.

(2) Jede Vertragspartei garantiert ferner, dass derartige Transfers in einer frei konvertierbaren Währung zu dem am Tag des Transfers im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von dem aus der Transfer getätigt wird, am Markt geltenden Wechselkurs erfolgen.

(3) In Ermangelung eines Devisenmarktes ist der anzuwendende Kurs jener des letzten Wechselkurses für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte.

(4) Unbeschadet Absatz 1 lit. b kann eine Vertragspartei den Transfer von Sacherträgen unter jenen Umständen einschränken, unter denen die Vertragspartei auf Grund von GATT 1994 berechtigt ist, den Export des den Sachertrag darstellenden Produkts oder seine Veräußerung zum Zweck des Exports einzuschränken oder zu verbieten. Nichtsdestoweniger garantiert eine Vertragspartei, dass Transfers von Sacherträgen erfolgen können, wenn dies durch einen Investitionsvertrag, eine Investitionsgenehmigung oder ein anderes schriftliches Abkommen zwischen der Vertragspartei und einem Investor oder einer Investition der anderen Vertragspartei genehmigt oder so bestimmt ist.

(5) Unbeschadet Absatz 1 bis 4 kann eine Vertragspartei einen Transfer durch die billige, nicht diskriminierende und in gutem Glauben erfolgte Anwendung von Maßnahmen in Hinblick auf den Schutz der Rechte von Gläubigern, in Hinblick auf oder zur Gewährleistung der Einhaltung der Gesetze und Rechtsbestimmungen über die Ausgabe von und den Handel mit Wertpapieren, Futures und derivaten Produkten, Transferberichten und -protokollen oder in Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten und Anordnungen oder Entscheidungen in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verhindern, vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen und ihre Anwendung nicht dazu dienen, Zusagen oder Verpflichtungen der Vertragspartei gemäß diesem Abkommen zu umgehen.

#### **Artikel 8**

##### **Eintrittsrecht**

(1) Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages für eine Investition durch einen Investor im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zahlung, so anerkennt die letztgenannte Vertragspartei die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors auf die erstgenannte Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Institution sowie das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Institution, alle diese Rechte und Ansprüche auf Grund des Eintrittsrechts im gleichen Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

(2) Hat eine Vertragspartei einem ihrer Investoren eine Zahlung geleistet und die Rechte und Ansprüche des Investors übernommen, so übt der Investor, sofern er nicht dazu ermächtigt wurde, für die die Zahlung leistende Vertragspartei zu handeln, keine derartigen Rechte und Ansprüche gegen die andere Vertragspartei aus.

### **Artikel 9**

#### **Andere Verpflichtungen**

Jede Vertragspartei hält jede Verpflichtung, die sie hinsichtlich besonderer Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eingegangen ist, ein.

### **Artikel 10**

#### **Nichtgewährung von Vorteilen**

Eine Vertragspartei kann einem Investor der anderen Vertragspartei und dessen Investitionen die sich aus diesem Abkommen ergebenden Vorteile nicht gewähren, wenn der erstgenannte Investor im Besitz oder unter der Kontrolle von Investoren einer Partei, die nicht Vertragspartei ist, steht und dieser Investor im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften er gegründet wurde oder organisiert ist, nicht in größerem Umfang geschäftlich tätig ist.

## **KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN**

### **TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei**

### **Artikel 11**

#### **Geltungsbereich und Befugnisse**

Dieser Teil gilt für Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung aus diesem Abkommen seitens der Erstgenannten, wodurch für den Investor oder seine Investition Verlust oder Schaden entsteht.

### **Artikel 12**

#### **Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten, Fristen**

(1) Derartige Streitigkeiten werden nach Möglichkeit durch Verhandlungen oder Konsultationen beigelegt. Werden sie nicht auf diese Weise beigelegt, kann sie der Investor wahlweise zur Entscheidung unterbreiten:

- a) den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsgerichten der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei;
- b) gemäß einem anwendbaren, vorher vereinbarten Streitbeilegungsverfahren oder
- c) in Übereinstimmung mit diesem Artikel:
  - i) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten („das Zentrum“), das auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten („ICSID Konvention“) eingerichtet wurde, sofern sowohl die Vertragspartei des Investors als auch die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei Mitglied der ICSID Konvention sind;
  - ii) einem Einzelschiedsrichter oder einem Ad-hoc-Schiedsgericht, das auf Grund der Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht („UNCITRAL“) eingerichtet wird;
  - iii) der Internationalen Handelskammer durch einen Einzelschiedsrichter oder ein Ad-hoc-Schiedsgericht gemäß ihren Schiedsregeln.

### **Artikel 13**

#### **Zustimmung der Vertragsparteien**

(1) Jede Vertragspartei erklärt hiermit ihre uneingeschränkte Zustimmung, eine Streitigkeit gemäß diesem Teil einem internationalen Schiedsverfahren zu unterwerfen.

(2) Die in Absatz 1 genannte Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, dass die innerstaatlichen Rechtsmittel im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft sind.

(3) Der Investor hat nur so lange die Wahl, die Streitigkeit gemäß Artikel 12 Absatz 1 lit. c zur Entscheidung zu unterbreiten, solange in dem Verfahren nach Artikel 12 Absatz 1 lit. a in erster Instanz keine Entscheidung ergangen ist.

**Artikel 14****Schiedsort**

Jedes Schiedsverfahren gemäß diesem Teil wird auf Verlangen einer Streitpartei in einem Staat, der Mitglied der New Yorker Konvention ist, abgehalten. Die gemäß diesem Teil dem Schiedsverfahren unterworfenen Ansprüche werden als aus Handelsbeziehungen oder Transaktionen im Sinne von Artikel 1 der New Yorker Konvention entstanden erachtet.

**Artikel 15****Schadenersatz**

Eine Vertragspartei macht nicht zum Zweck der Verteidigung, eines Gegenanspruchs, einer Aufrechnung oder aus sonst einem Grund geltend, dass gemäß einem Schadenersatz-, Garantie- oder Versicherungsvertrag vollständiger oder teilweiser Schadenersatz oder sonst eine Entschädigung für die behaupteten Schäden erfolgt ist oder erfolgen wird.

**Artikel 16****Anwendbares Recht**

(1) Ein gemäß diesem Teil eingerichtetes Gericht entscheidet über die Streitigkeit in Übereinstimmung mit diesem Abkommen sowie den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Strittige Angelegenheiten gemäß Artikel 9 werden in Ermangelung einer anderen Vereinbarung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der an der Streitigkeit beteiligten Vertragspartei, den Rechtsvorschriften über die Genehmigung oder Vereinbarung und den anwendbaren Regeln des Völkerrechts geregelt.

**Artikel 17****Schiedsurteile und Vollstreckung**

(1) Schiedsurteile, die die Zuerkennung von Zinsen beinhalten können, sind für die Streitparteien endgültig und bindend und können Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass die Vertragspartei ihre Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen nicht erfüllt hat,
- b) Entschädigung in Geld einschließlich Zinsen von dem Zeitpunkt, zu dem der Verlust oder Schaden auftrat, bis zum Zeitpunkt der Zahlung,
- c) in geeigneten Fällen Rückerstattung in Form von Sachleistungen, vorausgesetzt, dass die Vertragspartei in jenen Fällen, in denen eine Rückerstattung nicht möglich ist, stattdessen Entschädigung in Geld leisten kann, sowie
- d) mit Zustimmung der Streitparteien Rechtsschutz in jeder anderen Form.

(2) Jede Vertragspartei sorgt für die wirksame Vollstreckung von Schiedsurteilen gemäß diesem Artikel und setzt jedes in einem Verfahren, in dem sie Streitpartei ist, ergangene derartige Schiedsurteil unverzüglich durch.

**TEIL ZWEI: Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien****Artikel 18****Geltungsbereich, Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren**

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit wie möglich, auf freundschaftlichem Weg oder durch Konsultationen, Vermittlungs- und Vergleichsverfahren beigelegt.

**Artikel 19****Einleitung von Verfahren**

(1) Kann eine Streitigkeit gemäß Artikel 18 nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterworfen.

(2) Eine Vertragspartei leitet auf Grund einer Streitigkeit in Hinblick auf die Verletzung von Rechten eines Investors, die dieser Investor einem Schiedsverfahren gemäß Teil Eins Kapitel Zwei dieses Abkommens unterworfen hat, kein Verfahren gemäß diesem Teil ein, sofern nicht die andere Vertragspartei es verabsäumt hat, das Schiedsurteil in diesem Verfahren zu befolgen oder einzuhalten oder das

Verfahren ohne eine Entscheidung eines Schiedsgerichts über die Ansprüche des Investors eingestellt wurde.

## **Artikel 20**

### **Bildung des Schiedsgerichts**

(1) Das Schiedsgericht konstituiert sich ad hoc auf folgende Weise:  
Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und diese beiden Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei (2) Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende ist innerhalb von zwei (2) weiteren Monaten zu bestellen.

(2) Werden die in Absatz 1 festgelegten Fristen nicht eingehalten, kann in Ermangelung einer anderen diesbezüglichen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, diese Funktion auszuüben, so ist der Vizepräsident oder im Falle seiner Verhinderung das nächstdienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen zu ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Die Mitglieder eines Schiedsgerichts sind unabhängig und unparteiisch.

## **Artikel 21**

### **Anwendbares Recht, Unterlassungsbestimmungen**

(1) Das Schiedsgericht entscheidet über Streitigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und den anwendbaren Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts.

(2) Sofern die Streitparteien nicht etwas anderes bestimmen, gilt für Angelegenheiten, die nicht unter andere in diesem Teil enthaltene Bestimmungen fallen, die Freiwillige Verfahrensordnung für Schiedsverfahren des Ständigen Schiedshofs.

## **Artikel 22**

### **Schiedsurteile**

(1) Das Schiedsgericht legt in seinem Schiedsurteil seine Rechts- und Tatsachenfeststellungen samt ihren Begründungen dar und kann auf Verlangen einer Vertragspartei Rechtsschutz in folgender Form gewähren:

- a) eine Erklärung, dass eine Handlung einer Vertragspartei eine Zuwiderhandlung gegen ihre Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen darstellt,
- b) eine Empfehlung, dass eine Vertragspartei ihre Handlungen mit ihren Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen in Einklang bringen möge,
- c) eine Entschädigung in Geld für Verluste oder Schaden, den der Investor der antragstellenden Partei oder seine Investition erlitten haben, oder
- d) jede sonstige Form des Rechtsschutzes, dem die Vertragspartei, gegen die das Schiedsurteil ergeht, zustimmt, einschließlich Rückerstattung in Form von Sachleistungen an einen Investor.

(2) Das Schiedsurteil ist für die Streitparteien endgültig und bindend.

## **Artikel 23**

### **Kosten**

Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung im Verfahren. Die Kosten des Schiedsgerichts tragen beide Vertragsparteien zu gleichen Teilen, sofern das Schiedsgericht nicht eine andere Aufteilung der Kosten festlegt.

## **Artikel 24**

### **Vollstreckung**

Schiedssprüche, durch die Geldmittel zuerkannt werden und die nicht innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt des Schiedsspruches eingehalten wurden, können in den Gerichten einer der beiden Vertragsparteien, die die Zuständigkeit besitzen, über Vermögenswerte der säumigen Partei zu entscheiden, vollstreckt werden.

**KAPITEL DREI: SCHLUSSBESTIMMUNGEN****Artikel 25****Anwendung des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gemäß ihren Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen wurden oder werden.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Ansprüche, die bereits geregelt wurden oder Verfahren, die vor seinem Inkrafttreten eingeleitet wurden.

**Artikel 26****Konsultationen**

Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über jede mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehende Frage vorschlagen. Diese Konsultationen werden an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, der auf diplomatischem Wege vereinbart wurde, abgehalten.

**Artikel 27****In-Kraft-Treten und Dauer**

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander, sobald die nach den nationalen Rechtsvorschriften für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Bedingungen erfüllt sind. Das Abkommen tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt der späteren Notifikation in Kraft.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von 10 Jahren in Kraft; danach wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens getätigt worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 25 dieses Abkommens noch für einen weiteren Zeitraum von 10 Jahren vom Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Zu Urkund dessen haben die dazu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 23. Jänner 2001, in zwei Urschriften, in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

**Benita Ferrero-Waldner**

Für das Haschemitische Königreich Jordanien:

**Wasif Azar**



519 der Beilagen

9

اتفاقية  
بين  
جمهورية النمسا  
و  
المملكة الأردنية الهاشمية  
حول  
تشجيع وحماية الاستثمارات

إن جمهورية النمسا والمملكة الأردنية الهاشمية المشار إليهما فيما بعد بـ "الطرفين المتعاقدين"؛

رغبة منهما بإيجاد الظروف المواتية لمزيد من التعاون الاقتصادي بينهما؛

إدراكاً منهما بأن تشجيع وحماية الاستثمارات سيعزز تطور هذه الاستثمارات وبالتالي يسهم مساهمة فاعلة في تطوير العلاقات الاقتصادية؛

تأكيداً على التزامهما بمراعاة معايير العمل المعتمدة عالمياً،

اتفقتا على ما يلي:

## الفصل الأول: أحكام عامة

### المادة (١)

#### تعريفات

لغايات هذه الاتفاقية:

(١) تعني عبارة "مستثمر لطرف متعاقد":

(أ) شخصاً طبيعياً يحمل جنسية طرف متعاقد وفقاً للقانون المطبق فيه؛ أو  
 (ب) منشأة لها صفة الشخصية الاعتبارية أو هيئة شكلت أو نظمت بموجب القانون المطبق لدى طرف متعاقد، سواء كانت ربحية أو غير ربحية، وسواء أكانت مملوكة أو مسيطراً عليها من قبل الحكومة أو القطاع الخاص، بما في ذلك المؤسسات، أو اتحادات الشركات، أو الشركات، أو المؤسسات الفردية، أو الفروع، أو المشاريع المشتركة، أو الجمعيات، أو المنظمات.

سواء أكانا مستثمرين الآن أو كانا قد استثمرا في إقليم الطرف المتعاقد الآخر.

(٢) تعني عبارة "استثمار مستثمر لطرف متعاقد" جميع أنواع الموجودات في إقليم أحد الطرفين المتعاقدين المملوكة أو المسيطر عليها بصورة مباشرة أو غير مباشرة من قبل مستثمر تابع للطرف المتعاقد الآخر، وفقاً للقانون المطبق لدى الطرف المتعاقد الأول، بما في ذلك:

(أ) الحصص، والأسهم، وأشكال الملكية الأخرى في أي منشأة، والحقوق الناشئة عن ذلك؛

(ب) السندات، وسندات الدين، والقروض، وأشكال الدين الأخرى والحقوق المترتبة على ذلك؛

(ج) الحقوق بموجب عقود، بما في ذلك عقود تسليم المفتاح، أو الإنشاءات، أو الإدارة، أو الإنتاج، أو عقود المشاركة في العوائد؛

(د) المطالبات بالنقود والمطالبات بأي أداء وفقاً لعقد له قيمة اقتصادية؛

(هـ) حقوق الملكية الفكرية كما تعرفها الاتفاقيات المتعددة الأطراف المبرمة تحت مظلة المنظمة العالمية لحقوق الملكية الفكرية، بما في ذلك حقوق التأليف، والعلامات التجارية، وبراءات الاختراع، والتصاميم الصناعية، والعمليات الفنية، والمعرفة، والأسرار التجارية، والأسماء التجارية، والسمعة الحسنة؛  
 (و) الحقوق التي تمنح بموجب القانون أو العقد مثل الامتيازات، أو التراخيص، أو التفويضات، أو الأذونات لممارسة نشاط اقتصادي؛  
 (ز) أية أموال أخرى ملموسة أو غير ملموسة، منقولة أو غير منقولة، أو أية حقوق ملكية ذات صلة بها، مثل الإجازات، أو الرهونات، أو حقوق الحجز على ممتلكات الغير، أو الكفالات، أو حقوق الانتفاع.

(٣) تعني عبارة "العوائد" المبالغ المحصلة من استثمار، وبشكل خاص، الأرباح، والفوائد، ومكاسب رأس المال، والعوائد، والإتاوات (حقوق الملكية)، ورسوم الترخيص، والرسوم الأخرى.

(٤) تعني عبارة "دون تأخير" الفترة المطلوبة عادة لاستكمال الإجراءات الرسمية الضرورية لدفعات التعويض أو لتحويل الدفعات. وتبدأ هذه الفترة بالنسبة لدفعات التعويض في يوم نزع الملكية وبالنسبة لتحويلات الدفعات في اليوم الذي يكون فيه طلب التحويل قد قدم. وفي جميع الأحوال لا تتعدى هذه الفترة الشهر الواحد.

(٥) تعني عبارة "الإقليم" بالنسبة لكل من الطرفين المتعاقدين الأراضي، والمياه الداخلية، والمجال البحري والجوي الذي هو تحت سيادته بما في ذلك المنطقة الاقتصادية المانعة، والجرف القاري الذي يمارس فيه الطرف المتعاقد حقوق السيادة والولاية وفقاً للقانون الدولي.

## المادة (٢)

### تشجيع وإجازة الاستثمارات

(١) يعمل كل من الطرفين المتعاقدين، وفقاً لقوانينه وأنظمتهم، على تشجيع وإجازة استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر.

(٢) يعتبر التمديد القانوني لاستثمار أو تغييره أو تحويله استثماراً جديداً.

### المادة (٣)

#### معاملات الاستثمارات

- (١) يمنح كل من الطرفين المتعاقدين استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر معاملة منصفة وعادلة، وحماية وأماناً كاملين ومستمرين.
- (٢) لا يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين تطبيق إجراءات غير منطقية أو تمييزية على إدارة، وتشغيل، وصيانة، واستخدام، والتمتع بـ، وبيع، وتسييل استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الآخر.
- (٣) يمنح كل من الطرفين المتعاقدين لمستثمري الطرف الآخر ولاستثماراتهم معاملة تفضيلية لا تقل في أفضليتها عن المعاملة التي يمنحها لمستثمريه ولاستثماراتهم أو لمستثمري أية دولة ثالثة ولاستثماراتهم وذلك فيما يتعلق بإدارة، وتشغيل، وصيانة، واستعمال، والتمتع بـ، وبيع وتسييل الاستثمارات أيهما يكون أكثر تفضيلاً للمستثمر.
- (٤) لا يجوز تفسير أي نص من نصوص هذه الاتفاقية على أنه يلزم أحد الطرفين المتعاقدين بمنح مستثمري الطرف المتعاقد الآخر واستثماراتهم المنفعة الحالية أو المستقبلية لأية معاملة، أو أفضلية، أو امتيازاً ناتجاً عن:
- (أ) أية عضوية في منطقة تجارة حرة، أو اتحاد جمركي، أو سوق مشتركة، أو مجموعة اقتصادية أو أية اتفاقية متعددة الأطراف حول الاستثمار؛
- (ب) أية اتفاقية دولية أخرى، أو ترتيب دولي أو تشريع محلي تتعلق بالضرائب.

### المادة (٤)

#### الشفافية

- (١) يعمل كل من الطرفين المتعاقدين على النشر الفوري لقوانينه، وأنظمته، وإجراءاته والاتفاقيات الدولية التي قد تؤثر على تنفيذ هذه الاتفاقية بحيث يقوم بتوفيرها لاطلاع العموم.

(٢) يقوم كلٌ من الطرفين المتعاقدين بالإجابة على أسئلة الطرف المتعاقد الآخر المحددة ويوفر، بناء على طلبه، المعلومات حول المسائل المشار إليها في الفقرة (١).

(٣) لا يجوز أن يُطلب من أي من الطرفين المتعاقدين الإفصاح عن معلومات أو التمكين من الوصول إلى معلومات تكون متعلقة بمستثمرين معينين أو استثمارات، يشكل الإفصاح عنها إعاقة في تطبيق القانون أو يكون مناقضاً لقوانين وأنظمة ذلك الطرف المتعلقة بحماية السرية.

### المادة (٥)

#### نزع الملكية (التأميم) والتعويض

(١) لا يجوز لطرف متعاقد، سواء بصورة مباشرة أو غير مباشرة، نزع ملكية أو تأميم استثمار تابع لمستثمر من الطرف المتعاقد الآخر، أو اتخاذ أية إجراءات تؤدي إلى نتيجة مماثلة (يشار إليها فيما بعد "نزع الملكية") إلا:

(أ) لأغراض المنفعة العامة،

(ب) بدون تمييز،

(ج) وفقاً لإجراءات قانونية محددة، و

(د) على أن يرافق ذلك دفع تعويض فوري، مناسب وفعال وفقاً للفقرتين (٢) و (٣) أدناه.

(٢) التعويض يجب أن:

(أ) يدفع دون تأخير. وفي حالة التأخير، تتحمل الدولة المضيفة أية خسارة تنتج عن فروقات سعر الصرف بسبب هذا التأخير.

(ب) يكون مساوياً للقيمة السوقية العادلة للاستثمار المنزوع ملكيته وذلك مباشرة قبل نزع الملكية. والقيمة السوقية يجب أن لا تتأثر بأي تغيير في القيمة يحدث بسبب ذبوع خبر نزع الملكية للعامة في وقت سابق.

(ج) يدفع ويكون قابلاً للتحويل الحر إلى الدولة التي يحددها المدعون المعنيون وذلك إما بعملة الدولة التي يكون المدعون من مواطنيها أو بأية عملة قابلة للتحويل الحر تكون مقبولة لديهم.

(د) يشتمل على فائدة بسعر تجاري على أساس سعر السوق للعملة التي يتم بها السداد وذلك من تاريخ نزع الملكية وحتى تاريخ السداد الفعلي.

(٣) تشتمل الإجراءات القانونية المحددة على حق المستثمر التابع لأحد الطرفين المتعاقدين والمتضرر من جراء نزع الملكية من قبل الطرف المتعاقد الآخر، بطلب إجراء مراجعة فورية لقضيته من قبل سلطة قضائية أو سلطة أخرى مختصة ومستقلة لدى الطرف المتعاقد الأخير، بحيث تشمل المراجعة تقييم استثماره ودفع التعويض وفقاً لأحكام هذه المادة.

### المادة (٦)

#### التعويض عن الخسائر

(١) يجب أن يمنح مستثمرو أي من الطرفين المتعاقدين الذين تتعرض استثماراتهم في إقليم الطرف المتعاقد الآخر لخسائر ناجمة عن حرب أو نزاع مسلح آخر، أو حالة طوارئ، أو ثورة، أو عصيان مسلح، أو اضطرابات مدنية، أو أي حدث آخر شبيهه بها، أو بسبب أحداث القضاء والقدر و الظروف القاهرة، معاملة لا تقل أفضلية عن تلك الممنوحة من قبل الطرف المتعاقد الأخير لمستثمريه أو لمستثمري أية دولة ثالثة، أيهما يكون أكثر أفضلية للمستثمر المعني. وذلك فيما يختص بإعادة الحال إلى ما كانت عليه وتعويض الأضرار أو أية تسوية أخرى.

(٢) يمنح في كل حال من الأحوال مستثمرو أي من الطرفين المتعاقدين الذين تلحق بهم خسائر من جراء أي من الأحداث المشار إليها في الفقرة (١) في إقليم الطرف المتعاقد الآخر وتكون ناجمة عن:

(أ) مصادرة استثماراتهم أو جزء منها من قبل قوات أو سلطات الطرف المتعاقد الآخر، أو

(ب) تدمير استثماراتهم أو جزء منها من قبل قوات أو سلطات الطرف المتعاقد الآخر والتي لم تقتضها ضرورة الموقف،

بدلاً أو تعويضاً يكون في كلتا الحالتين فورياً وعادلاً وفعالاً، أما التعويض فيكون وفقاً للمادة ٥ الفقرتان (٢) و (٣).

## المادة (٧) التحويلات

(١) يضمن كل من الطرفين المتعاقدين حرية تحويل جميع الدفعات المتعلقة باستثمار أحد مستثمري الطرف المتعاقد الآخر وذلك من وإلى إقليمه دون تأخير. وتشتمل هذه التحويلات بشكل خاص على:

(أ) رأس المال الأساسي والمبالغ الإضافية اللازمة لإدامة أو زيادة الاستثمار؛

(ب) العوائد؛

(ج) الدفعات بموجب عقد بما في ذلك اتفاقية قرض؛

(د) العوائد الناجمة عن بيع أو تسييل الاستثمار كلياً أو جزئياً؛

(هـ) الدفعات الناجمة عن التعويض وفقاً للمادتين ٥ و ٦؛

(و) الدفعات الناشئة عن تسوية نزاعات الاستثمار؛

(ز) العوائد والمكتسبات الأخرى للعاملين من الخارج فيما يتصل باستثمار.

(٢) يضمن كل من الطرفين المتعاقدين حرية إجراء هذه التحويلات بعملة قابلة للصرف غير المقيّد وذلك بسعر صرف السوق السائد بتاريخ التحويل في إقليم الطرف المتعاقد حيث تتم عملية التحويل.

(٣) في حال عدم وجود سوق لصرف العملات الأجنبية، يكون سعر الصرف المطبق مماثلاً لسعر الصرف الأكثر حداثة في تحويل العملات إلى حقوق السحب الخاصة.

(٤) على الرغم مما ورد في الفقرة (١)(ب)، يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين أن يفرض قيوداً على تحويل العائد العيني وذلك في الظروف التي يسمح بها للطرف المتعاقد بموجب اتفاقية الجات ١٩٩٤ تقييد أو حظر تصدير المنتج الذي يشكل العائد العيني أو بيعه لغايات التصدير. ومع ذلك يضمن الطرف المتعاقد إمكانية تنفيذ تحويلات العوائد العينية كما هي محددة أو موافق عليها في اتفاقية استثمار، أو سند تفويض استثمار، أو أية اتفاقية أخرى مبرمة خطياً بين طرف المتعاقد ومستثمر أو استثمار للطرف المتعاقد الآخر.

(٥) على الرغم من الفقرات (١) الى (٤)، يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين أن يمنع إجراء أي تحويل عن طريق التطبيق المنصف، وغير التمييزي، وذو النية الحسنة للإجراءات اللازمة لحماية حقوق الدائنين فيما يتعلق بـ أو ضمان التقيد بالقوانين والتعليمات الخاصة بإصدار، وتداول الأوراق المالية والتعامل بها، وبالتعاقدات المستقبلية والنتائج ومشتقاتها، وتقارير أو قيود التحويل، أو في ما يتصل بإساءات إجرامية أو أوامر أو أحكام في المعاملات الإدارية والقضائية شريطة ألا تستخدم مثل هذه الإجراءات وتطبيقاتها كوسيلة لتجنب الوفاء بالتزامات الطرف المتعاقد أو الالتزامات المترتبة بموجب هذه الاتفاقية.

### المادة (٨)

#### مبدأ الحلول

(١) إذا دفع أحد الطرفين المتعاقدين أو أية وكالة معينة من قبله مبلغاً من المال بموجب تعهد، أو ضمان، أو عقد تأمين بشأن استثمار مستمر في إقليم الطرف المتعاقد الآخر، فإن الطرف المتعاقد الأخير يعترف بانتقال أي حق أو مطالبة لمثل هذا المستثمر إلى الطرف المتعاقد الأول أو الوكالة المعينة من قبله، وبحق الطرف المتعاقد الأول أو الوكالة المعينة من قبله بمتابعة هذا الحق أو المطالبة استناداً لمبدأ الحلول وذلك إلى المدى ذاته المتحقق للمستثمر الذي تم تعويضه.

(٢) في حال قيام أحد الطرفين المتعاقدين بدفع مبلغ إلى أحد مستثمريه والذي آلت إليه حقوق ومطالب ذلك المستثمر، فإنه لا يجوز لذلك المستثمر ملاحقة الطرف المتعاقد الآخر بتلك الحقوق والمطالبات إلا إذا فوض بالتصرف نيابة عن الطرف المتعاقد الذي قام بدفع المبلغ له.

### المادة (٩)

#### التزامات أخرى

يراعي كل من الطرفين المتعاقدين أي التزام يكون قد ترتب عليه في ما يتعلق باستثمارات محددة للطرف المتعاقد الآخر.



## المادة (١٠)

### إنكار المنافع

يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين أن ينكر على مستثمر تابع للطرف المتعاقد الآخر وعلى استثماراته منافع هذه الاتفاقية وذلك في حالة كون مستثمري طرف آخر غير متعاقد يمتلكون أو يسيطرون على المستثمر المذكور أولاً على ألا تكون لدى ذلك المستثمر أنشطة وأعمال فعلية في إقليم الطرف المتعاقد (الناكر للمنافع)، حيث أقيمت هذه الأنشطة والأعمال ونظمت بموجب قوانين ذلك الطرف (الناكر للمنافع).

## الفصل الثاني: تسوية النزاعات

### الجزء الأول: تسوية النزاعات بين مستثمر وطرف متعاقد

## المادة (١١)

### المعيار والانتداب

ينطبق هذا الجزء على النزاعات التي تنشأ بين أحد الطرفين المتعاقدين ومستثمر تابع للطرف المتعاقد الآخر بشأن خرق مزعوم لالتزام مترتب على الطرف المتعاقد الأول بموجب هذه الاتفاقية بحيث يسبب الخسارة أو الضرر للمستثمر أو لاستثماره.

## المادة (١٢)

### وسائل التسوية، الفترات الزمنية

إذا أمكن، ينبغي تسوية النزاعات من هذا القبيل بالتفاوض أو المشاورة. وإن لم تتم تسوية النزاع هكذا، يجوز للمستثمر أن يحيله لاتخاذ قرار فيه وذلك:

(أ) إلى المحاكم المختصة أو إلى المحاكم الإدارية للطرف المتعاقد، الطرف في النزاع؛

(ب) وفقاً لأية إجراءات تسوية للنزاع سابقة وقابلة للتطبيق ومتفق عليها؛ أو

(ج) وإن يحيله استناداً لهذه المادة إلى:

- (١) المركز الدولي لتسوية نزاعات الاستثمار ("المركز") والذي تأسس وفقاً لمعاهدة تسوية نزاعات الاستثمار بين الدول ومواطني الدول الأخرى ("معاهدة ICSID")، وذلك في حالة كون الطرف المتعاقد التابع له المستثمر والطرف المتعاقد الطرف في النزاع عضوين في ("معاهدة ICSID")؛
- (٢) محكم فرد أو لجنة تحكيم تشكل خصيصاً لكل حالة على حدة وفقاً لقواعد التحكيم الصادرة عن لجنة الأمم المتحدة لقانون التجارة الدولية (UNCITRAL).
- (٣) غرفة التجارة الدولية، عن طريق محكم فرد أو لجنة تحكيم تشكل خصيصاً لهذه الغاية وفقاً لقواعد الغرفة الخاصة بالتحكيم.

### المادة (١٣)

#### موافقة الطرف المتعاقد

- (١) يعطي كل من الطرفين المتعاقدين موافقته غير المشروطة على إحالة النزاع إلى التحكيم الدولي وفقاً لأحكام هذا الجزء.
- (٢) تتضمن الموافقة المشار إليها في الفقرة (١) أعلاه تنازل ذلك الطرف المتعاقد عن شرط استفاد التدابير الإدارية أو القضائية داخلياً.
- (٣) يجوز للمستثمر أن يختار إحالة النزاع لإصدار قرار بشأنه وفقاً للمادة (١٢) الفقرة (١)(ج) فقط حين صدور قرار محكمة البداية بشأن الدعوة وفقاً للمادة (١٢) الفقرة (١)(أ).

### المادة (١٤)

#### مكان التحكيم

أي تحكيم بموجب هذا الجزء يتم إجراؤه في دولة طرف في معاهدة نيويورك وذلك بناءً على طلب أي طرف من أطراف النزاع. والادعاءات التي تحال للتحكيم بموجب هذا الجزء تعتبر ناشئة عن علاقة تجارية أو عمليات تجارية لغايات المادة (١) من معاهدة نيويورك.

519 der Beilagen

19

### المادة (١٥) التعويض

لا يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين أن يدعي كدفاع أو ادعاء مضاد، أو يطلب المقاصة، أو يدعي استناداً لأي سبب آخر أنه تم أو سيتم الحصول على بدل الضرر أو الخسارة أو أي تعويض آخر عن جميع أو عن جزء من الأضرار المدّعى بها بناء على تعويض، أو ضمان، أو عقد تأمين.

### المادة (١٦) القانون المطبق

(١) تقرر المحكمة التي تنشأ بموجب هذا الجزء بأمر النزاع وفقاً لهذه الاتفاقية وقواعد ومبادئ القانون الدولي المطبقة.

(٢) في حال عدم وجود أي اتفاق آخر، يتخذ القرار بشأن القضايا المتنازع عليها بموجب المادة (٩) وفقاً لقانون الطرف المتعاقد، الطرف في النزاع، أو القانون النافذ على التفويض أو الاتفاق، بالإضافة إلى قواعد القانون الدولي حيثما أمكن تطبيقها.

### المادة (١٧) قرارات التحكيم وتنفيذها

(١) تكون قرارات التحكيم، والتي قد تشمل على قرار يتضمن الحكم بالفائدة، نهائية وملزمة لطرفي النزاع، ويمكن أن تقدم الصور التالية من الحلول:

(أ) الإعلان بأن الطرف المتعاقد قد أخفق في الإيفاء بالتزاماته بموجب هذه الاتفاقية؛

- (ب) التعويض المالي؛ والذي يجب أن يشتمل على الفائدة من وقت تحقق الخسارة أو الضرر إلى وقت الدفع؛
- (ج) التعويض العيني عندما يكون ذلك ممكناً، شريطة أن يدفع الطرف المتعاقد التعويض المالي عوضاً عن ذلك في حال كون التعويض العيني غير قابلاً للتطبيق؛ و
- (د) بموافقة طرفي النزاع، أي صورة أخرى من صور حل النزاع.

(٢) يضع كل من الطرفين المتعاقدين أحكاماً للتطبيق الفاعل لقرارات التحكيم وفقاً لهذه المادة، كما ويقوم دون تأخير بتنفيذ أي قرار من هذا القبيل يصدر في قضية يكون طرفاً فيها.

### الجزء الثاني: تسوية النزاعات بين الطرفين المتعاقدين

#### المادة (١٨)

##### النطاق، المشاورات، الوساطة والتوفيق

كلما أمكن ذلك، تتم تسوية النزاعات بين الطرفين المتعاقدين فيما يتعلق بتفسير أو تطبيق هذه الاتفاقية بشكل ودي أو من خلال المشاورات أو الوساطة أو التوفيق.

#### المادة (١٩)

##### البدء في الإجراءات

(١) إذا لم يكن بالإمكان تسوية النزاع وفقاً للمادة (١٨) خلال ستة أشهر فإنه يحال بناء على طلب أي من الطرفين المتعاقدين إلى هيئة تحكيم.

(٢) لا يجوز للطرف المتعاقد أن يبدأ في إجراءات التحكيم بموجب هذا الجزء بشأن نزاع يتعلق بخرق حقوق مستثمر يكون هذا المستثمر قد أحاله إلى التحكيم بموجب الجزء الأول من الفصل الثاني من هذه الاتفاقية، إلا إذا أخفق الطرف المتعاقد بالتقيد والالتزام بالقرار الصادر في ذلك النزاع أو أن تلك الإجراءات قد انتهت دون قيام هيئة التحكيم باتخاذ قرار بادعاء المستثمر.

## المادة (٢٠)

### تشكيل هيئة التحكيم

(١) تؤلف هيئة التحكيم الخاصة لكل حالة على حدا كما يلي: يعين كل من الطرفين المتعاقدين محكماً واحداً، والمحكمان يتفقان على شخص من دولة ثالثة ليكون رئيساً لهما. ويعين المحكمان خلال شهرين من تاريخ إبلاغ أحد الطرفين المتعاقدين الطرف الآخر نيته في إحالة النزاع إلى لجنة التحكيم، و يعين رئيسها خلال شهرين آخرين.

(٢) إذا لم تتم مراعاة الفترات الزمنية المحددة في الفقرة (١) من هذه المادة، يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين وفي حال عدم وجود ترتيبات أخرى ملائمة دعوة رئيس محكمة العدل الدولية إلى إجراء التعيينات الضرورية. وإذا كان رئيس محكمة العدل الدولية مواطناً لأي من الطرفين المتعاقدين أو أنه خلافاً لذلك قد منع من القيام بالتعيين، فإن نائب الرئيس، أو في حال عدم مقدرته على إجراء التحكيم، عضو محكمة العدل الدولية الذي يليه رتبة تتم دعوته وفقاً لذات الشروط لإجراء التعيينات اللازمة.

(٣) يجب أن يتمتع أعضاء لجنة التحكيم بالاستقلالية والحيادية.

## المادة (٢١)

### القانون المطبق، القواعد المعمول بها

(١) تتخذ لجنة التحكيم القرارات بشأن النزاعات وفقاً لهذه الاتفاقية والقواعد والمبادئ المعمول بها بموجب القانون الدولي.

(٢) ما لم يقرر طرفا النزاع خلاف ذلك، فإن القواعد الاختيارية للتحكيم في النزاعات والصادرة عن المحكمة الدائمة للتحكيم هي التي تطبق على المسائل غير الخاضعة لأحكام أخرى في هذا الجزء.

## المادة (٢٢) القرارات

(١) تدرج الهيئة في قرارها النتائج القانونية والحقائق التي توصلت إليها إضافة إلى الأسباب الموجبة لها، كما ويجوز لها بناء على طلب أي من الطرفين المتعاقدين أن تقرر الأشكال التالية من الحلول:

- (أ) إعلاناً يفيد بتعارض إجراء اتخذه طرف مع التزاماته بموجب هذه الاتفاقية.
- (ب) توصية بأن يوفق طرف إجراءاته لتتوافق والتزاماته بموجب هذه الاتفاقية؛
- (ج) تعويضاً مالياً عن أية خسارة أو أي ضرر لحق بمستثمر تابع للطرف المدعي أو باستثماراته؛ أو
- (د) أي شكل آخر من أشكال الحلول التي يوافق عليها الطرف الذي صدر القرار بحقه بما في ذلك التعويض العيني للمستثمر.

(٢) يكون قرار التحكيم نهائياً وملزماً لأطراف النزاع.

## المادة (٢٣) التكاليف

يدفع كلٌ من الطرفين نفقات تمثيله في إجراءات التحكيم. وتدفع تكاليف هيئة التحكيم من قبل الطرفين بالتساوي بينهما إلا إذا جاءت توجيهات الهيئة بتقاسم التكاليف بينهما بنسب غير متساوية.

## المادة (٢٤) التنفيذ

يجوز تنفيذ القرارات المالية التي لم يتم التقيد بها خلال سنة واحدة من تاريخ صدورها وذلك أمام محاكم أي من الطرفين المتعاقدين ذات الاختصاص على موجودات الطرف المخل بتعهداته.

## الفصل الثالث: الأحكام النهائية

### المادة (٢٥)

#### تطبيق الاتفاقية

(١) تطبق هذه الاتفاقية على الاستثمارات المقامة في إقليم أي من الطرفين المتعاقدين وفقاً لتشريعته من قبل مستثمرين تابعين للطرف المتعاقد الآخر، وذلك قبل وبعد دخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ.

(٢) لا تطبق هذه الاتفاقية على الادعاءات التي تم تسويتها أو على الإجراءات التي بدأت قبل دخولها حيز التنفيذ.

### المادة (٢٦)

#### المشاورات

يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين أن يقترح على الطرف المتعاقد الآخر أن يتم عقد مشاورات حول أية مسألة تتعلق بهذه الاتفاقية. وتعد هذه المشاورات في مكان وزمان يتفق عليهما من خلال القنوات الدبلوماسية.

### المادة (٢٧)

#### التطبيق والمدة

(١) يشعر كل من الطرفين المتعاقدين الطرف الآخر باستكمالها للشروط المطلوبة في تشريعاته الوطنية لدخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ. بحيث تدخل هذه الاتفاقية حيز التنفيذ بعد ستين يوماً من تاريخ الإشعار الأخير.

(٢) تبقى هذه الاتفاقية سارية المفعول لمدة (١٠) سنوات؛ وتمدد بعدها لفترة غير محددة، حيث يجوز لأي من الطرفين المتعاقدين نقضها خطياً من خلال القنوات الدبلوماسية وذلك بإعطاء مهلة اثني عشر شهراً.

(٣) بالنسبة للاستثمارات التي تتم قبل تاريخ انتهاء الاتفاقية الحالية، تبقى أحكام المواد من (١) إلى (٢٥) من هذه الاتفاقية سارية المفعول لمدة (١٠) سنوات أخرى من تاريخ إنهاء الاتفاقية الحالية.

وإثباتاً لذلك، قام الموقعان أدناه والمفوضان حسب الأصول بتوقيع هذه الاتفاقية

حررت في فيينا في ١٣/١/٢٠٠٤ من نسختين، باللغات الألمانية، والعربية والإنجليزية. و كل من هذه النصوص الثلاثة متساوية كنصوص رسمية. في حال الالتباس في التراجم، يعتمد النص باللغة الإنجليزية.

عن المملكة الأردنية الهاشمية

Wasif Azar

عن جمهورية النمسا

Benita Ferrero-Waldner



**AGREEMENT****between the Republic of Austria and the Hashemite Kingdom of Jordan for the Promotion and Protection of Investments**

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE HASHEMITE KINGDOM OF JORDAN hereinafter referred to as “Contracting Parties”,

DESIRING to create favourable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties,

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations,

REAFFIRMING their commitment to the observance of internationally recognized labour standards,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

**CHAPTER ONE: GENERAL PROVISIONS****Article 1****Definitions**

For the purpose of this Agreement

(1) “investor of a Contracting Party” means:

- (a) a natural person having the nationality of a Contracting Party in accordance with its applicable law, or
- (b) an enterprise which is a legal person or any entity constituted or organized under the applicable law of a Contracting Party, whether or not for profit, and whether private or government owned or controlled, including a corporation, trust, partnership, sole proprietorship, branch, joint venture, association or organization

making or having made an investment in the other Contracting Party’s territory.

(2) “investment by an investor of a Contracting Party” means every kind of asset in the territory of one Contracting Party, owned or controlled, directly or indirectly, by an investor of the other Contracting Party, in accordance with the applicable law of the first Contracting Party, including:

- (a) shares, stocks and other forms of equity participation in an enterprise, and rights derived therefrom;
- (b) bonds, debentures, loans and other forms of debt and rights derived therefrom;
- (c) rights under contracts, including turnkey, construction, management, production or revenue-sharing contracts;
- (d) claims to money and claims to performance pursuant to a contract having an economic value;
- (e) intellectual property rights as defined in the multilateral agreements concluded under the auspices of the World Intellectual Property Organisation, including copyrights, trademarks, patents, industrial designs and technical processes, know-how, trade secrets, trade names and goodwill;
- (f) rights conferred by law or contract such as concessions, licenses, authorisations or permits to undertake an economic activity;
- (g) any other tangible or intangible, movable or immovable property, or any related property rights, such as leases, mortgages, liens, pledges or usufructs.

(3) “returns” means the amounts yielded by an investment and, in particular, profits, interests, capital gains, dividends, royalties, license fees and other fees.

(4) “without delay” means such period as is normally required for the completion of necessary formalities for the payments of compensation or for the transfer of payments. This period shall commence for payments of compensation on the day of expropriation and for transfers of payments on the day on which the request for transfer has been submitted. It shall in no case exceed one month.

(5) "territory" means with respect to each Contracting Party the land territory, internal waters, maritime and airspace under its sovereignty, including the exclusive economic zone and the continental shelf where the Contracting Party exercises, in conformity with international law, sovereign rights and jurisdiction.

## **Article 2**

### **Promotion and Admission of Investments**

(1) Each Contracting Party shall, according to its laws and regulations, promote and admit investments by investors of the other Contracting Party.

(2) The legal extension, alteration or transformation of an investment is to be considered a new investment.

## **Article 3**

### **Treatment of Investments**

(1) Each Contracting Party shall accord to investments by investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment and full and constant protection and security.

(2) A Contracting Party shall not impair by unreasonable or discriminatory measures the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment by investors of the other Contracting Party.

(3) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that it accords to its own investors and their investments or to investors of any third country and their investments with respect to the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment, whichever is more favourable to the investor.

(4) No provision of this Agreement shall be construed as to oblige a Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and to their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

- (a) any membership in a free trade area, customs union, common market, economic community or any multilateral agreement on investment,
- (b) any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation.

## **Article 4**

### **Transparency**

(1) Each Contracting Party shall promptly publish, or otherwise make publicly available, its laws, regulations, procedures as well as international agreements which may affect the operation of the Agreement.

(2) Each Contracting Party shall promptly respond to specific questions and provide, upon request, information to the other Contracting Party on matters referred to in paragraph (1).

(3) No Contracting Party shall be required to furnish or allow access to information concerning particular investors or investments the disclosure of which would impede law enforcement or would be contrary to its laws and regulations protecting confidentiality.

## **Article 5**

### **Expropriation and Compensation**

(1) A Contracting Party shall not expropriate or nationalise directly or indirectly an investment of an investor of the other Contracting Party or take any measures having equivalent effect (hereinafter referred to as expropriation) except:

- (a) for a purpose which is in the public interest,
- (b) on a non-discriminatory basis,
- (c) in accordance with due process of law, and
- (d) accompanied by payment of prompt, adequate and effective compensation in accordance with paragraphs (2) and (3) below.

(2) Compensation shall:

- (a) be paid without delay. In case of delay any exchange rate loss arising from this delay shall be borne by the host country.
- (b) be equivalent to the fair market value of the expropriated investment immediately before the expropriation occurred. The fair market value shall not reflect any change in value occurring because the expropriation had become publicly known earlier.
- (c) be paid and made freely transferable to the country designated by the claimants concerned and in the currency of the country of which the claimants are nationals or in any freely convertible currency accepted by the claimants.
- (d) include interest at a commercial rate established on a market basis for the currency of payment from the date of expropriation until the date of actual payment.

(3) Due process of law includes the right of an investor of a Contracting Party which claims to be affected by expropriation by the other Contracting Party to prompt review of its case, including the valuation of its investment and the payment of compensation in accordance with the provisions of this Article, by a judicial authority or another competent and independent authority of the latter Contracting Party.

## **Article 6**

### **Compensation for Losses**

(1) An investor of a Contracting Party which has suffered a loss relating to its investment in the territory of the other Contracting Party due to war or to other armed conflict, state of emergency, revolution, insurrection, civil disturbance, or any other similar event, or acts of God or force majeure, in the territory of the latter Contracting Party, shall be accorded by the latter Contracting Party, as regards restitution, indemnification, compensation or any other settlement, treatment no less favourable than that which it accords to its own investors or to investors of any third state, whichever is more favourable to the investor concerned.

(2) An investor of a Contracting Party who in any of the events referred to in paragraph (1) suffers loss resulting from:

- (a) requisitioning of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, or
- (b) destruction of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, which was not required by the necessity of the situation,

shall in any case be accorded by the latter Contracting Party restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective and, with respect to compensation, shall be in accordance with Article 5 paragraphs (2) and (3).

## **Article 7**

### **Transfers**

(1) Each Contracting Party shall guarantee that all payments relating to an investment by an investor of the other Contracting Party may be freely transferred into and out of its territory without delay. Such transfers shall include, in particular:

- (a) the initial capital and additional amounts to maintain or increase an investment;
- (b) returns;
- (c) payments made under a contract including a loan agreement;
- (d) proceeds from the sale or liquidation of all or any part of an investment;
- (e) payments of compensation under Articles 5 and 6;
- (f) payments arising out of the settlement of a dispute;
- (g) earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with an investment.

(2) Each Contracting Party shall further guarantee that such transfers may be made in a freely convertible currency at the market rate of exchange prevailing on the date of transfer in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made.

(3) In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used shall be the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights.

(4) Notwithstanding paragraph (1) (b) a Contracting Party may restrict the transfer of a return in kind in circumstances where the Contracting Party is permitted under the GATT 1994 to restrict or prohibit the exportation or the sale for export of the product constituting the return in kind. Nevertheless,

a Contracting Party shall ensure that transfers of returns in kind may be effected as authorised or specified in an investment agreement, investment authorisation, or other written agreement between the Contracting Party and an investor or investment of the other Contracting Party.

(5) Notwithstanding paragraphs (1) to (4), a Contracting Party may prevent a transfer through the equitable, non-discriminatory and good faith application of measures to protect the rights of creditors, relating to or ensuring compliance with laws and regulations on the issuing, trading and dealing in securities, futures and derivatives, reports or records of transfer, or in connection with criminal offences and orders or judgements in administrative and adjudicatory proceedings, provided that such measures and their application shall not be used as a means of avoiding the Contracting Party's commitments or obligations under this Agreement.

## **Article 8**

### **Subrogation**

(1) If a Contracting Party or its designated agency makes a payment under an indemnity, guarantee or contract of insurance given in respect of an investment by an investor in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize the assignment of any right or claim of such investor to the former Contracting Party or its designated agency and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its predecessor in title.

(2) In case one Contracting Party has made a payment to one of its investors and has taken over the rights and claims of the investor, that investor shall not unless authorized to act on behalf of the Contracting Party making the payment, pursue those rights and claims against the other Contracting Party.

## **Article 9**

### **Other Obligations**

Each Contracting Party shall observe any obligation it may have entered into with regard to specific investments by investors of the other Contracting Party.

## **Article 10**

### **Denial of Benefits**

A Contracting Party may deny the benefits of this Agreement to an investor of the other Contracting Party and to its investments, if investors of a Non-Contracting Party own or control the first mentioned investor and that investor has no substantial business activity in the territory of the Contracting Party under whose law it is constituted or organized.

## **CHAPTER TWO: DISPUTE SETTLEMENT**

### **PART ONE: Settlement of Disputes between an Investor and a Contracting Party**

## **Article 11**

### **Scope and Standing**

This Part applies to disputes between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation of the former under this Agreement which causes loss or damage to the investor or its investment.

## **Article 12**

### **Means of Settlement, Time Periods**

Such a dispute should, if possible, be settled by negotiation or consultation. If it is not so settled, the investor may choose to submit it for resolution:

- (a) to the competent courts or administrative tribunals of the Contracting Party, party to the dispute;
- (b) in accordance with any applicable previously agreed dispute settlement procedure, or
- (c) in accordance with this Article to:
  - (i) the International Centre for Settlement of Investment Disputes ("the Centre"), established pursuant to the Convention of the Settlement of Investment Disputes between States and

- nationals of other States (“the ICSID Convention”), if the Contracting Party of the investor and the Contracting Party, party to the dispute, are both parties to the ICSID Convention;
- (ii) a sole arbitrator or an ad hoc arbitration tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (“UNCITRAL”);
  - (iii) the International Chamber of Commerce, by a sole arbitrator or an ad hoc tribunal under its rules of arbitration.

### **Article 13**

#### **Contracting Party Consent**

(1) Each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration in accordance with this Part.

(2) The consent referred to in paragraph (1) implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical remedies should be exhausted.

(3) The investor may choose to submit the dispute for resolution according to Article 12 paragraph (1) (c) only until there has been a decision in the first instance in the proceedings according to Article 12 paragraph (1) (a).

### **Article 14**

#### **Place of Arbitration**

Any arbitration under this Part shall, at the request of any party to the dispute, be held in a state that is party of the New York Convention. Claims submitted to arbitration under this Part shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction for purposes of Article 1 of the New York Convention.

### **Article 15**

#### **Indemnification**

A Contracting Party shall not assert as a defence, counter-claim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to an indemnity, guarantee or insurance contract.

### **Article 16**

#### **Applicable Law**

(1) A tribunal established under this Part shall decide the dispute in accordance with this Agreement and applicable rules and principles of international law.

(2) Issues in dispute under Article 9 shall be decided, absent other agreement, in accordance with the law of the Contracting Party, party to the dispute, the law governing the authorization or agreement and such rules of international law as may be applicable.

### **Article 17**

#### **Awards and Enforcement**

(1) Arbitration awards, which may include an award of interest, shall be final and binding upon the parties to the dispute and may provide the following forms of relief:

- (a) a declaration that the Contracting Party has failed to comply with its obligations under this Agreement;
- (b) pecuniary compensation, which shall include interest from the time the loss or damage was incurred until time of payment;
- (c) restitution in kind in appropriate cases, provided that the Contracting Party may pay pecuniary compensation in lieu thereof where restitution is not practicable; and
- (d) with the Agreement of the parties to the dispute, any other form of relief.

(2) Each Contracting Party shall make provision for the effective enforcement of awards made pursuant to this Article and shall carry out without delay any such award issued in a proceeding to which it is party.

**PART TWO: Settlement of Disputes between the Contracting Parties****Article 18****Scope, Consultations, Mediation and Conciliation**

Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled amicably or through consultations, mediation or conciliation.

**Article 19****Initiation of Proceedings**

(1) If a dispute according to Article 18 cannot be settled within six months, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(2) A Contracting Party may not initiate proceedings under this Part for a dispute regarding the infringement of rights of an investor which that investor has submitted to arbitration under Part One of Chapter Two of this Agreement, unless the other Contracting Party has failed to abide by and comply with the award rendered in that dispute or those proceedings have terminated without resolution by an arbitral tribunal of the investor's claim.

**Article 20****Formation of the Tribunal**

(1) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one arbitrator and these two arbitrators shall agree upon a national of a third State as their chairman. Such arbitrators shall be appointed within two (2) months from the date one Contracting Party has informed the other Contracting Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal, the chairman of which shall be appointed within two (2) further months.

(2) If the periods specified in paragraph (1) of this Article are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either of the Contracting Parties or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-president or in case of his inability the member of the International Court of Justice next in seniority should be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

(3) Members of an arbitral tribunal shall be independent and impartial.

**Article 21****Applicable Law, Default Rules**

(1) The arbitral tribunal will decide disputes in accordance with this Agreement and the applicable rules and principles of international law.

(2) Unless the parties to the dispute decide otherwise, the Permanent Court of Arbitration Optional Rules for Arbitrating Disputes shall apply to matters not governed by other provisions of this Part.

**Article 22****Awards**

(1) The tribunal, in its award, shall set out its findings of law and fact, together with the reasons therefore, and may, at the request of a Party, award the following forms of relief:

- (a) a declaration that an action of a Party is in contravention of its obligations under this Agreement;
- (b) a recommendation that a Party brings its actions into conformity with its obligations under this Agreement;
- (c) pecuniary compensation for any loss or damage to the requesting Party's investor or its investment or
- (d) any other form of relief to which the Party against whom the award is made consents, including restitution in kind to an investor.

(2) The arbitration award shall be final and binding upon the Parties to the dispute.

**Article 23****Costs**

Each Party shall pay the cost of its representation in the proceedings. The cost of the tribunal shall be paid for equally by the Parties unless the tribunal directs that they be shared differently.

**Article 24****Enforcement**

Pecuniary awards which have not been complied with within one year from the date of the award may be enforced in the courts of either Contracting Party with jurisdiction over assets of the defaulting Party.

**CHAPTER THREE: FINAL PROVISIONS****Article 25****Application of the Agreement**

(1) This Agreement shall apply to investments made in the territory of either Contracting Party in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party prior as well as after the entry into force of this Agreement.

(2) This Agreement shall not apply to claims which have been settled or procedures which have been initiated prior to its entry into force.

**Article 26****Consultations**

Each Contracting Party may propose to the other Contracting Party to hold consultations on any matter relating to this Agreement. These consultations shall be held at a place and at a time agreed upon through diplomatic channels.

**Article 27****Entry into Force and Duration**

(1) The Contracting Parties shall notify each other when the conditions required by the national legislation for the entry into force of this Agreement have been fulfilled. The Agreement shall enter into force sixty days after the date of the latter notification.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of 10 years; it shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Articles 1 to 25 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of 10 years from the date of termination of the present Agreement.

In witness thereof the undersigned duly authorized have signed this Agreement.

DONE at Vienna, on 23, January 2001, in duplicate, in the German, Arabic and English languages, all three texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

**Benita Ferrero-Waldner**

For the Hashemite Kingdom of Jordan:

**Wasif Azar**

### Vorblatt

**Problem:**

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne dass der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

**Problemlösung:**

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen ua. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

**Alternativen:**

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

**Kosten:**

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

**Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:**

Die Erhöhung der Rechtssicherheit für ausländische Investoren erhöht auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich.

**Konformität mit EU-Recht:**

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

**Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:**

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 9 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.



## **Erläuterungen**

### **Allgemeiner Teil**

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, dass Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass der Investitionsfluss auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muss daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander in hohem Maße ähnlich bis identisch. Nennenswerte Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung zu. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechtes bleiben davon unberührt.

Es kann erwartet werden, dass die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten im Königreich Jordanien in erhöhtem Maße Gebrauch macht. Auch auf jordanischer Seite besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen im Königreich Jordanien zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus der Liquidation oder Veräußerung von Investitionen und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren vor. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden können, können vom Investor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

### **Besonderer Teil**

#### **KAPITEL EINS: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

##### **Präambel:**

Diese enthält im Wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

##### **Artikel 1:**

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investor“ wird in Bezug auf die Vertragsparteien definiert als natürliche Person mit Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder als Unternehmen, das in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei errichtet wurde.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Der Begriff „Erträge“ entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

**Artikel 2:**

Behandelt unter einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt die Förderung und Zulassung von Investitionen.

Absätze 1 und 2 enthalten Vertragsbestimmungen allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechtes werden hievon nicht berührt.

Absatz 2 legt fest, dass die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition als neue Investition anzusehen ist.

**Artikel 3:**

Enthält hinsichtlich der getätigten Investitionen in Absatz 3 das Prinzip der Meistbegünstigung und der Inländergleichbehandlung.

Absatz 4 fixiert die Ausnahmen von diesen Prinzipien (Freihandelszone, Zollunion, gemeinsamer Markt, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft bzw. multilateralem Investitionsabkommen; Nichtanwendung auf Steuerfragen).

**Artikel 4:**

Enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, ihre Rechtsvorschriften mit Relevanz für das Abkommen öffentlich zugänglich zu machen.

**Artikel 5:**

Befasst sich mit der Frage der Entschädigung im Falle einer Enteignung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

In Absatz 1 wird die Enteignung durch Bindung an vier Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur

1. im öffentlichen Interesse,
2. auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
3. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
4. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

In Absatz 2 ist die Entschädigungspflicht formuliert.

Die Entschädigung wird ohne Verzögerung geleistet, hat dem gerechten Marktwert der enteigneten Investition vor der Durchführung der Enteignung zu entsprechen, ist in ein von der betroffenen Partei bezeichnetes Land in frei konvertierbarer Währung frei transferierbar und beinhaltet darüber hinaus Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz.

Absatz 3 räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung sowie die Bewertung der Investition und der Entschädigungszahlung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, überprüfen zu lassen.

**Artikel 6:**

Behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen oder ähnlichen Ereignissen auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und sieht auch für solche Fälle die Inländergleichbehandlung bzw. Meistbegünstigung vor.

**Artikel 7:**

Bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, insbesondere zu den Artikeln 5 und 6, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz 1 garantiert den freien Transfer ohne Verzögerung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionserträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlöse aus Liquidation oder Veräußerung und Entschädigung.

Absätze 2 und 3 legen den Transfer in frei konvertierbarer Währung fest und regeln die Festlegung des Wechselkurses.

Absatz 4 sieht in gewissen Fällen Einschränkungen des Transferrechts vor, so etwa zum Gläubigerschutz oder im Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten.

**Artikel 8:**

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, dass im Falle des Eintritts des Garantiegebers in die Rechte des Garantienehmers dieser Eintritt von der anderen Vertragspartei anerkannt wird.

**Artikel 9:**

Erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf genehmigte Investitionen auf.

**Artikel 10:**

Schließt Investoren aus Drittstaaten, die zwar im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien Unternehmen besitzen oder kontrollieren, dort jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfalten, von den Begünstigungen dieses Abkommens aus.

**KAPITEL ZWEI: BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN**

**TEIL EINS: Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Investor und einer Vertragspartei**

**Artikel 11:**

Behandelt den Geltungsbereich des Teiles Eins.

**Artikel 12:**

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat soll im Sinne des Abkommens zunächst eine Beilegung auf freundschaftlichem Weg versucht werden. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden können, können vom Investor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder einem schiedsgerichtlichen Verfahren bei der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

**Artikel 13:**

Enthält die uneingeschränkte Zustimmung der Vertragsparteien zur Einleitung eines internationalen Schiedsverfahrens gemäß diesem Teil des Abkommens. Mit dieser Zustimmung verzichten die Vertragsparteien auf das Erfordernis, dass der innerstaatliche Instanzenweg erschöpft sein muss, allerdings besteht die Wahlmöglichkeit des Investors nur so lange, als in der ersten Instanz des innerstaatlichen Verfahrens keine Entscheidung ergangen ist.

**Artikel 14:**

Regelt den Schiedsort.

**Artikel 15:**

Verpflichtet die Vertragsparteien zum Verzicht auf die Einwendung, dass ein Garantiegeber der anderen Vertragspartei bereits ganz oder teilweise Entschädigung geleistet hat.

**Artikel 16:**

Regelt die Frage des anwendbaren Rechts.

**Artikel 17:**

Legt die verschiedenen Formen der Schiedsurteile und die Modalitäten von deren Vollstreckung fest. Es soll dadurch verhindert werden, dass durch den bindenden Schiedsspruch innerstaatliches Recht der Vertragsparteien derogiert wird.

36

519 der Beilagen

**TEIL ZWEI: Streitbeilegung zwischen den Vertragsparteien****Artikel 18 bis 24:**

Regeln in analoger Weise zu den Artikeln 11 bis 17 Fragen des Geltungsbereichs, des nichtstreitigen Verfahrens, der Bildung des Schiedsgerichts, des anwendbaren Rechts, Schiedsurteile, Kosten und Vollstreckung.

**KAPITEL DREI: ABSCHLIESSENDE BESTIMMUNGEN****Artikel 25:**

Regelt den Anwendungsbereich des Abkommens. Es findet auf alle Investitionen, die vor oder nach seinem In-Kraft-Treten getätigt wurden, Anwendung, nicht jedoch auf Streitfälle, die bereits vor dem In-Kraft-Treten des Abkommens entschieden oder anhängig gemacht wurden.

**Artikel 26:**

Sieht die Möglichkeit von Konsultationen vor.

**Artikel 27:**

Stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens festgelegt und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Eine Kündigung ist unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.